

N i e d e r s c h r i f t S c h B A / V I I / 1 0

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 14.11.2007 im Sitzungssaal, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Kuhl, Horst

Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa
Haßler, Christa
Isfort, Mechthild
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Mensing, Hartwig
Söller, Hubert

Vertretung für Herrn Ulrich
Wessendorf

Steindorf, Ralf
Weber, Winfried

Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Banse, Otto	Pfarrer
Enting, Hans-Jürgen	Rektor
Kahlert, Alexander	Rektor
Müller, Josef-Karl	Rektor
Vennemann, Gabriele	Rektorin

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister
Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Fuchs, Maria	Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Wessendorf, Ulrich

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kuhl, eröffnete die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die anwesenden beratenden Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 5. November 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Antrag der SPD-Fraktion vom 12.07.2007 auf Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl Vorlage: VII/598

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Für die CDU-Fraktion äußerte sich Ausschussvorsitzender Kuhl anschließend kritisch zum Antrag und zum jüngsten Vorgehen der SPD-Fraktion, insbesondere die öffentlichen Äußerungen, hinsichtlich des Erhaltes der Droste-Hülshoff-Hauptschule. Er wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion ebenfalls bereits zum Thema Fortbestand der Hauptschule tätig geworden sei, dies jedoch im Stillen getan habe. So seien von Seiten der CDU diverse Gespräche mit Landtagsabgeordneten etc. geführt worden. Die CDU werde alles daran setzen, dass alle Rosendahler Schulen fortbestehen können. Ob der Gesetzgeber dies letztlich gestatte, bleibe abzuwarten, so Ausschussvorsitzender Kuhl.

Für die SPD-Fraktion erklärte Ausschussmitglied Kreutzfeldt, dass die im SPD-Antrag erbetenen Informationsdaten über die Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Rosendahl nach Einschulungsjahrgängen einschließlich aktueller Zuordnung zu den Kindergärten zur Verfügung gestellt worden seien. Mit Rücksicht darauf, dass der Schulentwicklungsplan Inhalt des nachfolgenden Tagesordnungspunktes sei, erklärte er sich damit einverstanden, dass die weitere Beratung im Zusammenhang mit TOP 3 erfolge.

3 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl Vorlage: VII/597

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt wies darauf hin, dass der Fortbestand der Grundschulen aufgrund der vorliegenden Schülerzahlenprognosen im Entwurf der Fort-

schreibung des Schulentwicklungsplanes als gesichert anzusehen sei. Daher solle sich der Ausschuss auf die Prognose für die Hauptschule fokussieren. Er halte die Institution Hauptschule für gut, die Hauptschule habe nach seiner Auffassung jedoch den Mangel, dass sie den Namen Hauptschule trage. Ausbildungsstellen würden heute bereits überwiegend von Realschülern besetzt werden. Darüber hinaus sei es nicht hinnehmbar, dass 80 % der Rosendahler Schülerinnen und Schüler ihren Heimatort verlassen müssten, um eine weiterführende Schule zu besuchen. Es solle gemeinsam nach einer Möglichkeit gesucht werden, mehr Schüler in Rosendahl zu beschulen.

Hinsichtlich der Aussage im Schulentwicklungsplan, dass mittelfristig eine Kooperation mit einer benachbarten Hauptschule anzustreben sei, um die Differenzierung in Klasse 10 fortführen zu können, wies Ausschussmitglied Kreuzfeldt darauf hin, dass die äußere Differenzierung bereits in Klasse 7 beginne, die Probleme für eine einzügige Hauptschule würden daher schon früher anfangen. Er zweifelte an, dass das Elterninteresse an der Hauptschule steige, sofern die Hauptschule mit einer weiteren schmalbrüstigen Schule eine Kooperation eingehe.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass es sicher mehrere Hauptschulen gebe, mit denen die Droste-Hülshoff-Hauptschule kooperieren könne. Er halte es jedoch für vernünftig, sich zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Hinsicht noch bedeckt zu halten. Es sei zurzeit hinsichtlich der Institution Hauptschule viel im Gange. Er verwies insbesondere auf das Gemeinschaftsschulmodell Horstmar/ Schöppingen, über das noch nicht entschieden sei. Emsdetten wolle eine Gesamtschule etablieren, renne jedoch vor verschlossene Türen. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, nicht so negativ über die Hauptschule zu reden.

Ausschussmitglied Mensing erklärte, dass Ausschussmitglied Kreuzfeldt darauf habe hinweisen wollen, wo das Manko der Hauptschule liege. Laut Ausschussmitglied Kreuzfeldt liege die Schuld am schlechten Ruf der Hauptschule bei der Wirtschaft, er sei aber der Auffassung, dass nicht nur die Wirtschaft Schuld am schlechten Image der Hauptschule sei. Für die Gemeinde Rosendahl als Schulträger sei es immer wichtig gewesen, die Hauptschule zu unterstützen. Dennoch sähen die Eltern keine Zukunft für ihre Kinder, wenn diese die Hauptschule besuchen. Im vergangenen Jahr sei seitens des Ausschusses vorgeschlagen worden, dass die Hauptschule eine Kooperation mit den Betrieben vor Ort eingehen solle. Es stelle sich jetzt die Frage, was nun darüber hinaus getan werden könne. Eine eigene Schule, z.B. Realschule, zu gründen, sei nicht realistisch. Eine Kooperation mit einer Coesfelder Hauptschule sei sicher möglich, dies sei jedoch auch nicht unbedingt der beste Weg. Nach Auffassung der WIR-Fraktion solle versucht werden, auch andere Schulformen in Rosendahl zu etablieren.

Fraktionsvorsitzender Weber regte an, nicht hinter verschlossenen Türen zu diskutieren. Wenn es nicht möglich sei, bei der Wirtschaft das Thema Hauptschule zu etablieren, sei die Hauptschule über kurz oder lang gestorben. In anderen Schulformen habe man erreicht, dass durch eine enge Anbindung an die Wirtschaft neue Perspektiven geschaffen worden seien. Für die Hauptschule sei es erforderlich, sich auf Wirtschaftskooperationen einzustellen.

Eine Kooperation mit der Wirtschaft sei nach ihrer Auffassung gegeben, so Ausschussmitglied Haßler. Hierdurch werde das Problem jedoch nicht gelöst, da dieses sehr viel vielschichtiger sei.

Ausschussmitglied Mensing schlug vor, offensiver an die Wirtschaft heranzutreten. So sei es eventuell sinnvoll, öffentlichkeitswirksam Verträge mit der Wirtschaft abzuschließen.

Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, zunächst den „Ball flach zu halten“, so Frakti-

onsvorsitzender Steindorf. Im Bereich der Hauptschule seien viele Wege offen, diese sollten nicht verbaut werden. Es gebe eine ganze Reihe von Beispielen, wo neue Wege beschrritten worden seien. Für die Droste-Hülshoff-Hauptschule müsse ein individueller optimaler Weg gefunden werden.

Die SPD wolle das Angebot an weiterführenden Schulen vor Ort, so Ausschussmitglied Kreuzfeldt. Die Schüler, die außerhalb Rosendahls Schulen besuchen, seien eventuell auch anschließend für den Wohnort Rosendahl verloren. Das Augenmerk müsse darauf gelegt werden, dass die Hauptschule als Schulstandort nicht verloren gehe. Die SPD-Fraktion strebe eine Kooperation mit anderen Schulformen an, nicht mit einer anderen Hauptschule.

Für die WIR-Fraktion stellte Ausschussmitglied Mensing den Antrag, den Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes dahingehend zu ändern, dass im 3. Abschnitt auf Seite 24 der letzte Satz wie folgt lauten solle: ‚Es wird mittelfristig eine Kooperation mit einer benachbarten Schule angestrebt.‘

Ausschussmitglied Kreuzfeldt schlug vor, den Begriff ‚mittelfristig‘ zu streichen und den Satz wie folgt zu ergänzen: ‚um möglichst viele Schüler der weiterführenden Schulen in Rosendahl zu beschulen‘. Da die Übergangsquoten sinken, müsse kurzfristig etwas unternommen werden. Eine Kooperation sei bereits zum nächsten Schuljahr anzustreben.

Ausschussmitglied Mensing schlug vor, dass der Schulausschuss die Verwaltung beauftragen mögen, entsprechende Kooperationsgespräche mit Nachbargemeinden zu führen, um eine Beschulung von Schülern auch anderer weiterführender Schulen am Schulstandort Rosendahl zu ermöglichen.

Bürgermeister Niehues empfahl, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass darüber hinaus Möglichkeiten einer Ausweitung des vorhandenen Schulangebotes in Kooperation mit den Nachbargemeinden geprüft werden sollten.

Ausschussvorsitzender Kuhl ließ zunächst über den Antrag der WIR-Fraktion auf Änderung des letzten Satzes auf Seite 24, 3. Abschnitt (‚Es wird mittelfristig eine Kooperation mit einer benachbarten Schule angestrebt.‘), abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Hinsichtlich des Antrages von Ausschussmitglied Kreuzfeldt, das Wort mittelfristig zu streichen und den Satz zu ergänzen (‚um möglichst viele Schüler der weiterführenden Schulen in Rosendahl zu beschulen‘), schlug Bürgermeister Niehues folgende Formulierung vor: ‚Es ist eine Kooperation mit einer benachbarten Schulen anzustreben, um möglichst viele Schüler ab Klasse 5 in Rosendahl zu beschulen‘. Ausschussvorsitzender Kuhl ließ über diesen Vorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend meldete sich Rektor Enting zu Wort. Er wolle sich nicht in die politische Diskussion einmischen. Es sei sicher legitim, wenn sich der Schulträger angesichts der Zahlen des Schulentwicklungsplanes Gedanken darüber mache, wie die Hauptschule zukünftig gestaltet werden solle. Es sei jedoch nicht zweckdienlich, öffentlich in der Zeitung über die Zukunft der Hauptschule zu diskutieren. Ihm sei klar, dass alle Beteiligten das Beste für die Hauptschule wollten. Die geführten Diskussionen würden jedoch zu einem erheblichen Schaden für die Droste-Hülshoff-Hauptschule führen. Es sei nach seiner Auffassung sinnvoller, Kräfte zu bündeln um gemeinsam zu überlegen, wie ein attraktives und zukunftsfähiges Angebot für die

Sekundarstufe I in Rosendahl erreicht werden könne. Es sei nicht notwendig, frühzeitig den Abgesang der Hauptschule einzuläuten.

Sie sei über die Ausführungen von Rektor Enting erschüttert, so Ausschussmitglied Haßler. Die Hauptschule würde doch nicht schlecht geredet werden. Sie sei entsetzt, dass Rektor Enting die getätigten Aussagen so missverstehe. Die Politik wolle die Schule erhalten. Die Schullandschaft sei derzeit nun einmal komplett im Umbruch. Es sei nach ihrer Auffassung löblich, dass die Politik nach Wegen suche, die Hauptschule zu erhalten.

Rektor Enting stellte klar, dass er wisse, dass die Politik das Beste für die Hauptschule wolle. Er wisse aber bereits heute, dass die Presseberichterstattung nach dieser Sitzung den Fokus nicht auf den Aspekt der Schülerzahlenentwicklung, sondern auf das Wahlverhalten der Eltern legen werde. Er fände es wichtig, wenn die Diskussion auf das fokussiert würde, was die Politik wirklich wolle.

Fraktionsvorsitzender Weber widersprach Rektor Enting. Es sei sehr wohl erforderlich, ganz offensiv über das Thema Hauptschule zu reden. Der Elternwille sei letztlich entscheidend. Er sei daher der Auffassung, dass eine enge Anbindung der Schule an die Wirtschaft dringend erforderlich sei.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass die Eltern in der Wahl der Schule für ihre Kinder frei seien. Hier sei keine Kritik an den Eltern angebracht, dies müsse so zur Kenntnis genommen werden. Hierauf müsse entsprechend reagiert werden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf appellierte an die Ausschussmitglieder, sich in dieser Angelegenheit zurückzuhalten. Er sei sich sicher, dass die Presse morgen aus den letzten Wortbeiträgen berichten werden. Dadurch würde der Hauptschule wieder Schaden zugefügt.

Ausschussvorsitzender Kuhl bot an, dass die CDU-Fraktion der Verwaltung zur Verfügung stelle, was seitens der CDU-Fraktion bereits zusammengetragen worden sei. Die CDU-Fraktion sei zur Zusammenarbeit mit der Verwaltung bereit.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Schul- und Bildungsausschuss nimmt den Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Planungszeitraum 2008 – 2012 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diesen mit den betroffenen Schulen und den benachbarten Schulträgern abzustimmen. Dabei sollen Möglichkeiten der Kooperation mit benachbarten Schulen geprüft werden, um möglichst viele Schüler ab Klasse 5 in Rosendahl zu beschulen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 4 **Offene Ganztagschule an der Antonius-Grundschule Darfeld, Sebastian-Grundschule Osterwick sowie Nikolaus-Grundschule Holtwick;
hier: Entscheidung über die Erhebung von Elternbeiträgen für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: VII/553**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Die WIR-Fraktion wolle einen Elternbeitrag einführen, so Ausschussmitglied Mensing. Die Offene Ganztagschule sei ein zusätzliches Bildungsangebot an den Grundschulen, hierfür sollten die Eltern anteilig ihren Beitrag zahlen. Die WIR-Fraktion habe überlegt, dass der Elternbeitrag 24,00 € im Monat betragen solle. Das Mittagessen sei Bestandteil der Offenen Ganztagschule, daher solle das Mittagessen kostenlos angeboten werden. Dies hätte darüber hinaus den Vorteil, dass die Abrechnung für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung entfalle.

Ausschussmitglied Haßler erklärte, dass auch sie anfangs der Auffassung gewesen sei, dass die Offene Ganztagschule nicht kostenlos angeboten werden solle. Nun befürchte sie aber, dass insbesondere die Eltern, deren Kinder dringend Betreuung nötig hätten, ihre Kinder abmelden, sofern Elternbeiträge erhoben werden.

Ausschussmitglied Mensing sprach sich für die Einführung einer Härtefallregelung aus. Die WIR-Fraktion wolle nur die Finanzierung umstellen und damit eine andere Wertigkeit erreichen. Alle Kinder sollten zukünftig am Mittagessen teilnehmen. Gemeinschaft solle in der Offenen Ganztagschule gelebt werden, auch beim Mittagessen.

Ausschussmitglied Söller erinnerte daran, dass eine Kommune vorrangig Beiträge erheben müsse, bevor sie die Steuern erhöhe. Bei 120 teilnehmenden Schülerinnen und Schülern würde die Gemeinde Rosendahl bei einem Elternbeitrag von 25,00 € auf eine Einnahme in Höhe von 40.000,00 € verzichten. Der Elternbeitrag könne nicht mit dem Verpflegungsgeld gleichgesetzt werden.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt äußerte die Auffassung, dass es sich um reine Spekulation handele, dass viele Eltern das Angebot der Offenen Ganztagschule nicht mehr wahrnehmen würden, falls Elternbeiträge erhoben werden. Obschon in Ahaus Elternbeiträge erhoben werden würden, nähmen die Kinder teil. Falls jemand Sozialhilfe beziehe, würden die Elternbeiträge vom Sozialamt übernommen. Die Gemeinde Rosendahl habe kein Geld zu verschenken.

Er halte die Argumentation von Ausschussmitglied Mensing durchaus für überlegenswert, so Fraktionsvorsitzender Steindorf. Über die Vorlage müsse heute nicht entschieden werden, da Zeitdruck nicht gegeben sei. Die CDU-Fraktion beantrage daher, über den Tagesordnungspunkt heute nicht zu entscheiden, sondern die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Bis dahin solle die Verwaltung eine neue Vorlage einstellen, über die dann entschieden werden solle.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Kuhl teilte Bürgermeister Niehues mit, dass die Zuschüsse an die Träger der Offenen Ganztagschule im kommenden Jahr unverändert bleiben werden.

Ausschussvorsitzender Kuhl bat um Rückäußerung, ob über die Tagesordnungspunkte 4 und 5 getrennt oder zusammen beschlossen werden solle. Seitens der Ausschussmitglieder wurde ihm signalisiert, dass über beide Punkte getrennt abgestimmt werden solle.

Bürgermeister Niehues appellierte an die Ausschussmitglieder, über Tagesordnungspunkt 5 so zu beschließen, wie verwaltungsseitig vorgeschlagen, damit Rektor Enting die entsprechende Information an die Eltern weiterleiten könne. Die Hauptschule stehe im Wettbewerb mit andere Schulen. Das Betreuungsangebot „13 Plus“ sei ein wichtiger Faktor für die Attraktivität der Hauptschule und solle auf jeden Fall weitergeführt werden. Sofern ein Elternbeitrag erhoben werde, sehe er jedoch die Gefahr, dass viele Eltern sich gegen eine Teilnahme ihres Kindes bzw. für eine Abmeldung von dem Betreuungsangebot „13 Plus“ entscheiden. Das Angebot stehe dann auf der Kippe.

Ausschussmitglied Söller wies darauf hin, dass in diesem Falle ganz bewusst auf 9.000,00 € Einnahmen verzichtet werden würde.

Bürgermeister Niehues ergänzte seine Ausführungen dahingehend, dass für die Ganztags Hauptschule keine Elternbeiträge zu zahlen seien, allenfalls das Mittagessen.

Hierauf erwiderte Ausschussmitglied Söller, dass es sich bei der Ganztags Hauptschule um eine Schule handele, für deren Besuch keine Beiträge erhoben werden dürften.

Ausschussvorsitzender Kuhl regte an, die beiden Tagesordnungspunkte nicht zu vermengen.

Anschließend ließ er über den weitestgehenden Antrag, den Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung, abstimmen. Der Schul- und Bildungsausschuss fasste folgenden **Beschluss**:

Die Entscheidung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule an den Rosendahler Grundschulen für das Schuljahr 2008/2009 wird auf die nächste Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses vertagt. Zu dieser Sitzung legt die Verwaltung eine neue Sitzungsvorlage mit einer detaillierten Kostenaufstellung vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

5 **Betreuungsangebot "13 Plus" an der Droste-Hülshoff-Hauptschule;
hier: Entscheidung über die Erhebung von Elternbeiträgen für das Schuljahr
2008/2009
Vorlage: VII/552**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Mensing teilte mit, dass die WIR-Fraktion dem Beschlussvorschlag so zustimmen könne, da die Angebote Offene Ganztagschule und „13 Plus“ nicht miteinander vergleichbar seien.

Für die CDU-Fraktion stellte Fraktionsvorsitzender Steindorf den Antrag, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu verschieben. Zur nächsten Sitzung solle verwaltungsseitig eine neue Sitzungsvorlage mit detaillierter Kostenaufstellung vorgelegt werden.

Ausschussvorsitzender Kuhl ließ abschließend über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen. Der Schul- und Bildungsausschuss fasste folgenden **Beschluss**:

Die Entscheidung über die Erhebung von Elternbeiträgen für das Schuljahr 2008/2009 wird auf die nächste Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses vertagt. Zu dieser Sitzung legt die Verwaltung eine neue Sitzungsvorlage mit einer detaillierten Kostenaufstellung vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

6 Mitteilungen

Mitteilungen lagen nicht vor.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

7.1 Unterstellmöglichkeit an der Bushaltestelle an der Osterwicker Straße in Coesfeld - Herr Mensing

Ausschussmitglied Mensing teilte mit, dass die WIR-Fraktion auf die Situation der Schülerbeförderung von Coesfeld aus nach Osterwick bzw. Darfeld angesprochen worden sei. Es sei moniert worden, dass es an der Bushaltestelle an der Osterwicker Straße in Coesfeld keine Unterstellmöglichkeit gebe. Er bat die Verwaltung, diesbezügliche Gespräche mit der Stadt Coesfeld zu führen.

Bürgermeister Niehues sagte eine Prüfung zu.

7.2 Demografische Entwicklung in Osterwick - Herr Weber

Ausschussmitglied Weber wies darauf hin, dass nicht nur die demografische Entwicklung verantwortlich sei für den Rückgang der Geburtenzahlen. Tendenziell sei es heute so, dass die Leute später heiraten und später Kinder bekommen.

Er bat die Verwaltung zu ermitteln, wie viele Personen im Familienalter in Rosendahl leben. Es solle insbesondere ermittelt werden, wie sich das Alter zum Zeitpunkt der Eheschließung verändert habe und wie viele Frauen im gebärfähigen Alter in Rosendahl leben.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

8.1 Schülerbeförderung - Herr Wünnemann

Herr Wünnemann stellte die Frage an die Schulleiter, ob diesen bekannt sei, dass Kinder Probleme hätten, morgens zur Schule bzw. nachmittags wieder nach Hause

zu kommen, weil der Busfahrer ab einer bestimmten Anzahl von Fahrgästen keine weiteren Schüler mehr mitnehmen und Kinder stehen lassen würde.

Seitens der Schulleiter wurde dies verneint.

Horst Kuhl
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in